

Das digitale Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Oktober 2022



**20. TREFFEN DER
GLOBALEN ATLANTIKER**
WHAT A WEEK IN THE US!

DAS NEUE BÜRGERGELD
MEHR VERTRAUEN, UNTERSTÜTZUNG UND
WEITERBILDUNG

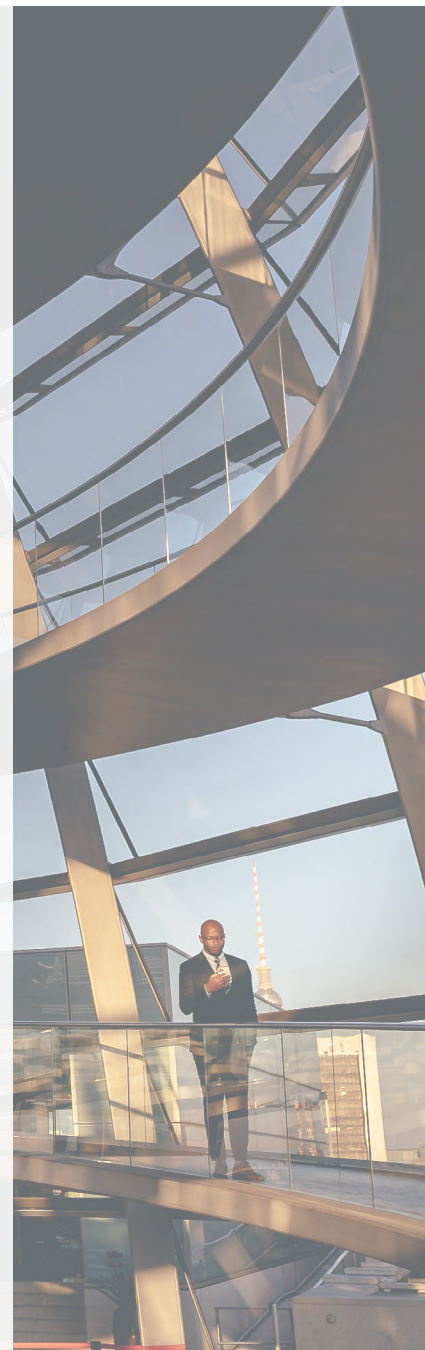
**FRANKFURT ZU BESUCH
IM BUNDESTAG**
MIT BÜRGER*INNEN IM GESPRÄCH

**MEINE HERBSTTOUR
DURCH DEN WAHLKREIS**
DIE TERMINE UND LOCATIONS

INHALTSVERZEICHNIS

Oktober 2022

Ein Jahr im Deutschen Bundestag	04
Ich blicke zurück - mit dem TOP Magazin	
Porträt im Tagesspiegel	05
Im Gespräch mit dem Tagesspiegel Background	
Das neue Bürgergeld	06
Mehr Vertrauen, Unterstützung und Weiterbildung	
Das Chancen-Aufenthaltsrecht	07
Beratungen über eine aufenthaltsrechtliche Perspektive	
Das Wohngeld Plus	08
Übersicht über die Neuerungen	
Bündnis Bezahlbarer Wohnraum	09
400.000 neue Wohnungen - jedes Jahr. Wie geht das?	
Das Jahressteuergesetz 2022	10
Die Anpassungen des aktuellen Jahressteuergesetz	
Der Abweherschirm gegen steigende Energiepreise	11
Infos zum Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF)	
Energiepauschale für Rentner*innen ab Dezember 2022	12
300 Euro für Rentner:innen und Pensionär:innen	
20. Treffen der Globalen Atlantiker	13
Organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	
Jahrestagung IWF und WBG	15
Die jährliche Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WBG)	
Frankfurter*innen zu Besuch im Bundestag	17
Bürger*innen und Bürger aus Frankfurt auf BPA Tour	
Meine Herbsttour durch den Wahlkreis	18
Es geht wieder durch Frankfurt! Termine und Locations	



15

Besuch aus Frankfurt

Mitte Oktober habe ich mich über Besuch aus Frankfurt im Bundestag gefreut. Erneut hatten knapp 50 Personen über die BPA-Fahrt die Möglichkeit, das politische und historische Berlin kennenzulernen und einen kleinen Einblick in meinen Berufsalltag zu bekommen



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im vergangenen Monat ist viel passiert und im Bundestag haben wir einiges auf den Weg gebracht. Zu viel um über alles hier berichten zu können. Aber zu einigen wichtigen Themen wie bspw. dem neuen **„Bürgergeld“** (welches „Hartz IV“ ablösen wird - ein Begriff, der hoffentlich bald der Vergangenheit angehört) finden Sie hier einige Informationen.

Wer mich in den nächsten Wochen persönlich treffen möchte, kann dies während meiner **„Wahlkreistour“**. Einmal im Quartal (nicht nur in Wahlkampfzeiten)

kann man mich an Infoständen in meinem Frankfurter Wahlkreis treffen. So möchte ich Menschen vor Ort in ihrem Stadtteil treffen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Eine Liste der Orte und Termine, wo man mich treffen kann, findet man ebenfalls in dieser neuesten Ausgabe meines Magazins und im [Terminkalender auf meiner Website](#).

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre und freue mich wie immer über [Feedback](#).

Mit freundlichen Grüßen,
Armand Zorn, MdB



EIN JAHR IM BUNDESTAG



Ein Jahr als Direktabgeordneter für Frankfurt im Deutschen Bundestag - was eine Ehre! Gemeinsam mit meinem (nicht verwandten) Namensvetter, Thomas Zorn, habe ich für das [Top Magazin Frankfurt](#) zurückgeblickt auf die bisherigen Erfolge und Herausforderungen.

Ich freue mich sehr über die lobenden Worte zu meiner Person, sage aber auch: Es gibt mehr als genug zu tun.

Veröffentlicht wurde der Artikel am [07.10.2022 im topmagazin Frankfurt](#).

Hier ein Auszug
Politiker mit Charme und Charisma haben es in Deutschland normalerweise schwer. Besonders wenn sie am Anfang ihrer Karriere stehen. Das Establishment der Parteien mag unabhängige Charaktere nicht so gern. Doch die Bundestagswahl vor einem Jahr hat alles gehörig durcheinandergewirbelt. Sehr viele Abgeordnete im Reichstag sind plötzlich jung, bunt und ziemlich kess. Einer der interessantesten Köpfe unter den Newcomern ist Armand Zorn. Er gewann überraschend den Frankfurter

Wahlkreis 182 (Innenstadt und Nordwesten) per Direktmandat für die SPD. Top Magazin sprach mit dem 34-Jährigen im Parteibüro an der Fischerfeldstraße. Inzwischen ist er von der Zeitschrift „Politik & Kommunikation“ zum „Rising Star 2022“ gekürt worden.

Wer Zorn heißt, trifft nur selten einen nicht verwandten Namensvetter - wie den Autor dieses Textes. Armand lächelt fröhlich und streckt zur Begrüßung - coronakonform - die Faust entgegen. Er ist in Kamerun geboren und sprach kein Wort Deutsch, als er hier im Alter von zwölf Jahren mit seiner Mutter ankam. Sie hatte ihren deutschen Partner geheiratet, der in Halle an der Saale lebte. „Er wurde mein Vater und ich habe seinen Nachnamen übernommen.“ Die Eltern hätten ihm viele Möglichkeiten eröffnet. „Das bringt Verantwortung mit sich.“

Armand Zorn: Kein Freund von Floskeln

An den Main wechselte Armand Zorn vor gut sieben Jahren „der Liebe wegen“. Die Beziehung zu seiner Freundin habe zwar nicht gehalten, „aber die Liebe zu Frankfurt“.

Der Bundestagsrookie spricht ungewöhnlich offen und verzichtet auf formelhafte Floskeln, hinter denen sich die Volksvertreter sonst so gern verbergen. „Ein Politiker sollte immer authentisch sein“, findet er. Vielleicht liegt Zorns Entspannung darin begründet, dass er sich in sehr unterschiedlichen Weltgegenden bewährt hat. Als SPD-Kandidat setzte er sich intern gegen zwei Mitbewerber durch. Schließlich holte er mit 29 Prozent unangefochten das Direktmandat, obwohl die Grünen bei den Zweitstimmen vor der SPD lagen. Auf der Landesliste war er aussichtslos weit hinten platziert.

Der komplette Artikel findet sich [hier](#):

topmagazin
FRANKFURT

Armand Zorn: Rising Star für Bundestag in Berlin

Von Thomas Zorn 7. Oktober 2022



PORTRÄT IM TAGESSPIEGEL

Thomas Wendel vom Tagesspiegel hat ein Porträt über mich geschrieben, welches am 20.10.2022 beim Tagesspiegel Background veröffentlicht wurde.

Hier ein Auszug:

„Armand Zorn ist eine Ausnahmererscheinung. Er ist jung - erst kürzlich feierte er seinen 34. Geburtstag. Er ist eloquent, kennt sich mit Finanzen aus, mit Digitalisierung, ist ein harter Arbeiter und obendrein ein jovialer Gesprächspartner, der trotz oder gerade wegen seiner langen Arbeitstage gerne lacht. Er ist blitzgescheit, wozu auch gehört, zu wissen, nicht alles gleich und auf einmal wissen zu können, und das auch sofort zu sagen. Und er dürfte wohl einen der interessantesten Lebensläufe aller Bundestagsabgeordneten haben.

Geboren ist Armand Zorn nämlich in Yaoundé, Hauptstadt des westafrikanischen Küstenstaates Kamerun. In Douala, der mit fast drei Millionen Einwohnern größten Stadt des Landes, ist er als Sohn eines aus Leipzig stammenden deutschen Mediziners und seiner kamerunischen Frau aufgewachsen, die ebenfalls Ärztin ist. „Mit Zwölf bin ich nach Halle gekommen, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen“, erzählt Zorn in seinem in gediegenen Erdtönen gehaltenen neuen Bundestagsbüro am Spreebogen in Berlin, von dem damals für ihn abrupten Umzug der Familie nach Deutschland. Durch das offene Fenster ist da gerade wieder das blecherne Rattern der S-Bahnen zu hören, die wenige Meter hinter dem Gebäude über die Spreebrücke Richtung Berliner Hauptbahnhof fahren. Halle/Saale im Jahr 2000. Das war eine

prägende Zeit für Armand Zorn, auch, weil man ihm seine afrikanische Herkunft ansieht. Doch anders, als man es vielleicht erwarten würde, erzählt Zorn nicht von Rassismus in Sachsen-Anhalt, sondern von einem persönlichen „Umbruch“, bei dem er gemerkt habe, dass „Integration gelingen kann, wenn man gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht“. „Ich hatte Glück, dass ich ein Elternhaus hatte, das mir alles gab, was ich brauchte. In dem es selbstverständlich war, dass ich Deutsch lernte und dass ich mich umschaute in meiner neuen Umgebung, um zu verstehen, was passiert.“ Und passiert ist ziemlich schnell ziemlich viel: Schon bald trainiert der jugendliche Neu-Hallenser Armand die Kinderfußballmannschaft seines Vereins SG Buna Halle. Ein Bild seines Teams hat Zorn auf seine Webseite gestellt. (...)“

TAGESSPIEGEL BACKGROUND

Armand Zorn



Mit dem Unternehmensberater Armand Zorn haben die Sozialdemokraten im Bundestag jemanden, der sie in der Diskussion um nachhaltige Finanzen nach längerer Pause wieder sichtbar macht. Wie praktisch, dass der Jungparlamentarier ausgerechnet den Wahlkreis 182 Frankfurt-West mit seinem Bankenzentrum in Berlin vertritt.

DAS NEUE BÜRGERGELD

Bundesminister für Arbeit und Soziales: Hubertus Heil | Foto: Florian Gaertner photothek

Mehr Vertrauen, Unterstützung und Weiterbildung - dafür steht das neue Bürgergeld. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde im Oktober in den Deutschen Bundestag eingebracht und soll das Hartz-IV-System zum Neuen Jahr ablösen.

Höhere Freibeträge

Auch nach Ablauf der zweijährigen Karenzzeit ist ein höheres Schonvermögen als bislang vorgesehen. Gleichzeitig sollen im dritten Jahr des Leistungsbezugs für Wohneigentum größere Wohnflächen als bisher anerkannt werden. Rücklagen für die Altersvorsorge werden ebenfalls besser geschützt. Auch die Zuverdienstgrenzen werden für Bürgergeldempfänger*innen angehoben. Wir wollen Leistung belohnen.

Karenzzeit und Schutz des Ersparthen

Bisher mussten Menschen, die arbeitslos wurden, schon nach zwölf Monaten Arbeitslosengeld mit dem Eintritt in die Grundsicherung ihr Vermögen auflösen und oft auch ihren Wohnraum verlassen. Mit dem Bürgergeld soll es eine Karenzzeit von zwei Jahren geben. In dieser Zeit

werden die laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen. Und das Ersparte muss nicht aufgebraucht werden - sofern es sich nicht um erhebliches Vermögen handelt. Für eine vierköpfige Familie sind beispielsweise 150.000 Euro Erspartes geschützt. Das bedeutet mehr soziale Sicherheit für Alle und verschafft Zeit für berufliche Umorientierung, Qualifizierung und Arbeitssuche.

Ausbildung vor Aushilfsjob

Im Mittelpunkt des neuen Bürgergelds steht der Einzelne und sein Fortkommen. Dafür soll es individuelle Kooperationspläne zwischen Bürgergeldempfänger*in und Jobcenter geben. Dabei wird der sogenannte „Vermittlungsvorrang“ abgeschafft: Es geht nicht mehr darum, die Leistungsempfänger*innen so schnell wie möglich in Jobs - mitunter Aushilfstätigkeiten - zu vermitteln. Vielmehr sollen die Stärken und Potentiale jedes Einzelnen berücksichtigt und gefördert werden. Ziel sind langfristige und nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse.

Deshalb setzt das Bürgergeld auch stärker auf Weiterbildung, Coaching und Qualifizierungsmaßnahmen - zum Beispiel mit einem monatlichen Weiterbildungsgeld in Höhe von 150

Euro. Das hilft nicht nur Menschen, die Bürgergeld beziehen und sich eine gute berufliche Zukunft aufbauen wollen. Wir bekämpfen damit auch den Fachkräftemangel in Deutschland.

Mehr Geld und weniger Kürzungen

Mit der Einführung des Bürgergelds wird der Regelsatz um etwa 50 Euro erhöht und schneller an die Inflation angepasst. Gleichzeitig soll weniger durch Sanktionen gekürzt werden können. In den ersten sechs Monaten, der sogenannten Vertrauenszeit, sollen sogar gar keine Leistungen mehr gemindert werden, wenn etwa keine Bewerbungen geschrieben werden oder man - trotz Abmachung - nicht zu Schulungen erscheint.

Weniger Bürokratie - Fokus auf das Wesentliche

Die Jobcenter und Leistungsbeziehenden sollen sich nicht mit unnötiger Bürokratie rumschlagen müssen. Auch dafür wollen wir die Voraussetzung schaffen: Das Bürgergeld wird künftig einfacher und sogar digital zugänglich sein. Mit einer Bagatellgrenze von 50 Euro für Rückforderungen verringern wir außerdem das Aufkommen von Bescheiden - es sollen auch mal Fünf gerade sein.



CHANCEN- AUFENTHALTSRECHT

Der Bundestag hat am Mittwoch, den 19. Oktober 2022, erstmals den **Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung eines „Chancen-Aufenthaltsrechts“** beraten. Der Gesetzentwurf wurde im Anschluss zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen.

Mit der Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts will die Bundesregierung Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben und langjährig geduldet sind, eine **aufenthaltsrechtliche Perspektive** eröffnen. Duldung bedeutet, dass Abschiebungen nur ausgesetzt sind und die Betroffenen ausreisepflichtig bleiben.

Das Gesetz sieht vor, dass Personen, die zum **Stichtag 1. Januar 2022 seit mindestens fünf Jahren in Deutschland gelebt haben** und bisher eine Duldung nach der nächsten bekommen haben, einen neuen Aufenthaltstitel erhalten. Wer nicht strafällig geworden ist, soll ein Jahr Zeit

bekommen, um die Voraussetzungen für einen langfristigen Aufenthalt zu erfüllen. Damit erhalten langjährig Geduldete endlich die Chance, in dieser Zeit die notwendigen Voraussetzungen für ein reguläres Bleiberecht zu erfüllen, insbesondere die **Sicherung des Lebensunterhalts, Kenntnisse der deutschen Sprache und der Identitätsnachweis**. Sofern die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach diesem Jahr nicht erfüllt sind, fallen die Betroffenen in den Status der Duldung zurück.

Innenministerin Nancy Faser spricht von einem **„Neustart in der Migrationspolitik“** und will, „dass Menschen, die gut integriert sind, auch gute Chancen in Deutschland haben“. Die neue **Regelung betrifft aktuell etwa 135.000 Menschen**, die seit vielen Jahren in Unsicherheit in Deutschland leben und fürchten müssen abgeschoben zu werden. Diese sollen potentiell die Möglichkeit erhalten, ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu bekommen.

Ausgeschlossen bleiben Personen, die ihre Abschiebung aufgrund von wiederholten, vorsätzlichen und eigenen Falschangaben oder aktiver Identitätstäuschung verhindern. **Konsequenter als bisher soll auch die Rückführung** insbesondere von Straftätern durchgesetzt werden. Vorgesehen ist, für diese Personen die Ausweisung und die Anordnung von Abschiebungshaft zu erleichtern.

Es werden zugleich die **geltenden Bleiberechtsregelungen weiterentwickelt**, so dass mehr Menschen von ihnen profitieren können. Das Gesetz sieht außerdem vor, bestimmte Regelungen aus dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu entfristen und die Familienzusammenführung für Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten zu erleichtern, um den Standort Deutschland für Fachkräfte aus Drittstaaten attraktiver zu machen.

Der Zugang zu Integrationskursen und Berufssprachkursen soll künftig allen Asylbewerber*innen im Rahmen verfügbarer Plätze offenstehen.



2MIO.

WAS IST NOCHMAL DAS WOHNUNGSGELD?

Das Wohnungsgeld ist ein staatlicher Zuschuss zu den Wohnkosten. Oft zur Miete, aber es können - anders als häufig angenommen nicht nur Mieter*innen Wohnungsgeld beantragen, sondern auch Eigentümer*innen, die in ihren eigenen vier Wänden wohnen; das ist dann der sogenannte Lastenzuschuss.

MEHR WOHNUNGSGELD AUF DEM KONTO

Wir erhöhen die allgemeinen Leistungen im Wohnungsgeld. Zusammen mit der Heizkosten- und Klimakomponente wird das Wohnungsgeld mehr als verdoppelt:

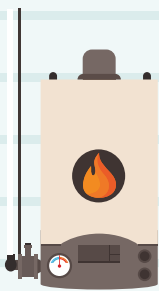
Statt 180 Euro erhalten Empfänger*innen im Schnitt künftig 370 Euro Wohnungsgeld!

DREIMAL SO VIEL BERECHTIGTE

Wir sorgen dafür, dass mehr Menschen Wohnungsgeld beantragen können.

Statt der bisherigen 600.000 profitieren so künftig zwei Millionen Haushalte!

DAS WOHNUNGSGELD PLUS



DAUERHAFTE HEIZKOSTENKOMPONENTE

Beim neuen Wohnungsgeld werden erstmals auch die Heizkosten berücksichtigt, und zwar über eine pauschale Heizkostenkomponente, die in der Wohnungsgeldberechnung automatisch erfasst wird.

Ihr bekommt die Heizkostenkomponente ganz ohne einen Antrag.



PAUSCHALE KLIMAKOMPONENTE

Klimaschutz und Wohnen müssen Hand in Hand gehen! Deshalb federn wir beim Wohnungsgeld mit einer Klimakomponente künftig zusätzliche Kosten aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen im Bestand und Neubau ab.

Damit Wohnungen klimaneutral werden und bezahlbar bleiben!

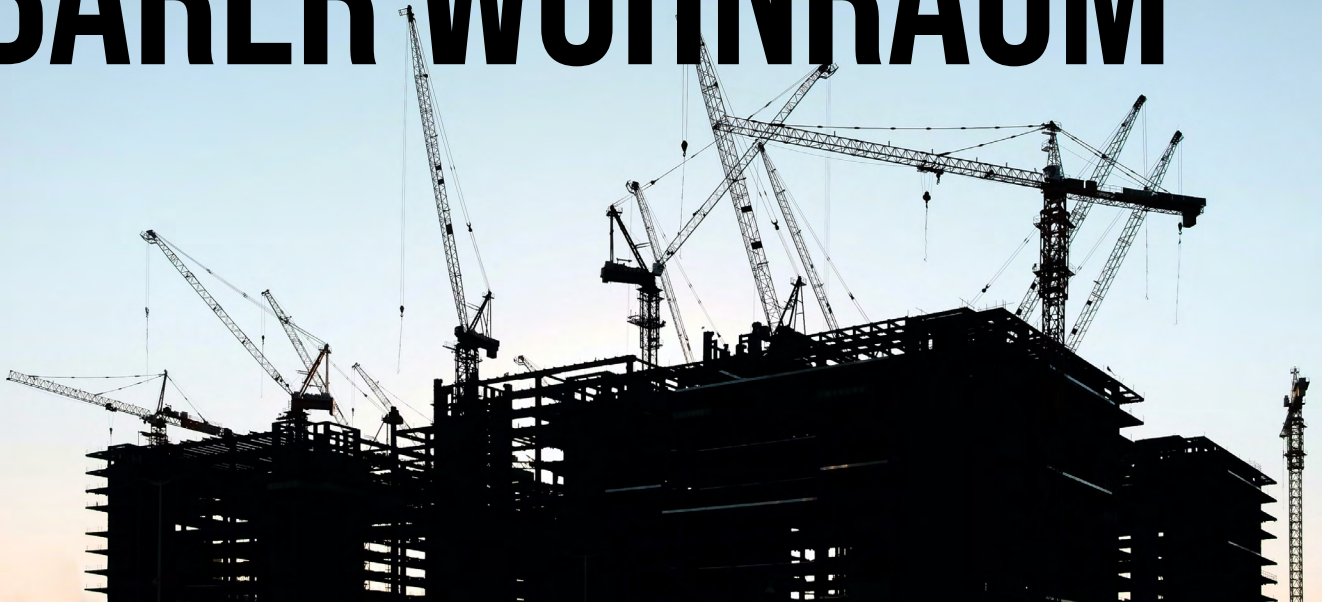


WOHER WEIß ICH, OB ICH PROFITIERE?

Die Wohnungsgeldberechtigung hängt von der Haushaltsgröße, dem Einkommen und den Wohnkosten ab. Wenn wenig Einkommen auf hohe Wohnkosten trifft, lohnt es sich, den Anspruch zu prüfen.

Wer den neuen Mindestlohn oder eine Rente in vergleichbarer Höhe erhält, wird voraussichtlich profitieren!

BÜNDNIS BEZAHLBARER WOHNRAUM



Jedes Jahr **400.000 neue Wohnungen**. Ein ambitioniertes Ziel, das sich die Ampel-Koalition gesetzt hat, um **Wohnungsmangel und steigende Mieten zu bekämpfen**. Mitte Oktober haben Bundeskanzler Scholz und Bauministerin Klara Geywitz ein Maßnahmenpaket mit 187 Punkten vorgelegt.

Das Wichtigste im Überblick

Das 187-Punkte-starke Programm wurde von Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ausgearbeitet - dem „**Bündnis bezahlbarer Wohnraum**“. Das Ziel: Wohnungsbau beschleunigen, Wohnkosten senken und gleichzeitig Klima und Ressourcen schonen.

Und so soll es gehen:

- Stärkerer Einsatz von Bau- und Dämmstoffe mit geringem CO₂-Fußabdruck
- Förderung von energieeffizienter Gebäude- und Heiztechnik
- Umfassenderes Recycling von Baustoffen
- Ausrichtung des Vergaberechts auf mehr Nachhaltigkeit
- Stärkere Nutzung innerörtlicher Baulandreserven und Flächenpotenziale zur Nachverdichtung
- Verkürzung der Fristen in öffentlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Modernisierung und Vereinfachung der Antrags- und Genehmigungsverfahren
- Einführung von Innovationsklauseln in das Bauordnungsrecht
- Stärkung der Ausbildung in der Bauwirtschaft
- Förderprogramme und Anreize für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum
- Stärkung des Erbbaurechts für mehr bezahlbare Bestandswohnungen: Dabei wird ein Grundstück nicht verkauft, sondern ein Nutzungsrecht für einen gewissen Zeitraum vereinbart.
- Stärkerer Fokus auf Barrierefreiheit
- Einführung von KfW-Darlehen zur Stärkung des Eigenkapitals beim Kauf von eigenem Wohnraum



[Download des kompletten Maßnahmenpakets:](#)

Bündnis bezahlbarer Wohnraum
Maßnahmen für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive



DAS JAHRESSTEUER- GESETZ 2022

Das Jahressteuergesetz greift jedes Jahr **Gesetzgebungsbedarf auf, der sich im Laufe des Jahres ergibt**. Dieser Bedarf entsteht durch Anpassungen an EU-Recht und EuGH-Rechtsprechung sowie Reaktionen auf Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesfinanzhofs. Darüber hinaus besteht redaktioneller und technischer Regelungsbedarf, wie Verfahrens- und Zuständigkeitsfragen, Folgeänderungen, Anpassungen auf Grund von vorangegangenen Gesetzesänderungen und Fehlerkorrekturen.

Dadurch dass **Steuerrechtsänderungen in Deutschland im Laufe des Jahres ad hoc** geschehen, wird seit 1995 das Jahressteuergesetz beschlossen, was Übersichtlichkeit schaffen und alle steuerlichen Maßnahmen des Jahres zusammenfassen soll. Das Jahressteuergesetz be-

inhaltet Anpassungen an Recht und Rechtsprechung, Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens sowie Vereinfachungen von Besteuerungsverfahren.

Der von der Bundesregierung vorgelegte **Entwurf des Jahressteuergesetz 2022 wurde in erster Lesung am 14. Oktober 2022 im Bundestag debattiert** und anschließend an den federführenden Finanzausschuss überwiesen.

Anpassungen im Jahressteuergesetz 2022 betreffen zum Beispiel die Rechtsgrundlage zum Aufbau eines **direkten Auszahlungsweges für öffentliche Leistungen unter Nutzung der steuerlichen Identifikationsnummer (Steuer-ID)**. Das ist notwendig, um zukünftig öffentliche Leistungen, wie z.B. das Klimageld direkt an Bürger*innen auszus zahlen. Vorgesehen ist auch die **Entfristung der sogenannten Homeoffice-Pau-**

schale und eine weitere Modernisierung der Regelungen zum häuslichen Arbeitszimmer. Die Pauschale in Höhe von fünf Euro pro Tag soll dauerhaft entfristet und der maximale Abzugsbetrag von 600 Euro auf 1.000 Euro pro Jahr angehoben werden. Ihr Abzug soll unabhängig davon möglich sein, ob die Tätigkeit in einer Arbeitsecke oder im häuslichen Arbeitszimmer erfolgt und unabhängig davon, ob es der Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit ist oder ein anderer Arbeitsplatz existiert.

Im Jahressteuergesetz vorgesehen sind des Weiteren ein vollständiger Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen ab 2023, die Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags auf 1.000 Euro sowie Maßnahmen zur Förderung des Ausbaus von Photovoltaikanlagen mit Wirkung zum 1. Januar 2023.



DER WIRTSCHAFTS- STABILISIERUNGSFONDS ALS ABWEHRSCHEM

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) als Abwehrrschirm gegen wirtschaftliche Schäden

Am Freitag, 14. Oktober 2022 haben wir Abgeordnete erstmals einen **Gesetzentwurf zur „Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds“** beraten, den die Ampel Koalition vorgelegt hat. Am Freitag, 21. Oktober 2022 fand die Abstimmung über den Gesetzentwurf im Plenum statt.

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) wurde bereits im März 2020 von der Bundesregierung ins Leben gerufen, um den **wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Volkswirtschaft in Deutschland entgegenzuwirken**.

Er zielte darauf ab, Unternehmen zu stabilisieren und negative Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt abzuwenden.

Ziel der Änderung ist es jetzt, den Fonds um den Zweck zur **Abwehr schwerer wirtschaftlicher Schäden durch die krisenhafte Entwicklung auf den Energiemärkten** zu erweitern. Zudem soll eine Kreditermächtigung in Höhe von 200 Milliarden Euro im Jahr 2022 geschaffen werden.

So wird der von der Bundesregierung angekündigte Abwehrrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges befähigt, um die Auswirkungen der Energiekrise abzufedern. Wesentliche Maßnahmen sind die **Finanzierung von Gaspreisbremse, Strompreisbremse und**

weiterer Stützungsmaßnahmen.

Diese Unterstützungsmaßnahmen sollen auch über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelt werden können und bis zum 30. Juni 2024 möglich sein.

Diese **Maßnahmen erfordern eine Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes** und für die zusätzlichen bis zu 200 Milliarden Euro des Abwehrrschirms ist ein **neuer Beschluss des Bundestags** gemäß Art. 115 Abs. 1 Satz 6 GG (sog. Notfallklausel) erforderlich. Hierfür wird die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages benötigt. Eine Umwidmung der Mittel für andere Zwecke im Bundeshaushalt ist nicht möglich. Die Mittel dienen allein der Abwehr der Folgen der außergewöhnlichen Notsituation.

Mehr Informationen zum WSF finden sich [hier](#).

ENERGIEPAUSCHALE FÜR RENTNER*INNEN AB DEZEMBER 2022



Bereits zum 1. Juli 2022 wurde die Rentenerhöhung der Bundesregierung wirksam. Die **Renten sind deutlich gestiegen**: in den alten Bundesländern um 5,35% und in den neuen Bundesländern um 6,12%. Höher fiel keine Renten Anpassung seit annähernd vier Jahrzehnten aus.

Die **gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten** bedeuten aber auch für viele Rentner*innen und Pensionär*innen, dass ihre Renten knapp werden und kaum ausreichen. Daher werden im dritten Entlastungspaket der Bundesregierung die **Rentner*innen und Pensionär*innen durch eine Einmalzahlung entlastet**.

Am 13. Oktober wurde der entspre-

chende Gesetzesentwurf in erster Lesung im Parlament diskutiert und anschließend auch im Finanzausschuss mitberaten. Am 20. Oktober 2022 fand die Abstimmung dazu im Plenum statt.

Die **Pauschale beträgt 300 Euro** und ist steuerpflichtig, sie wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet. Anspruch darauf hat, wer in Deutschland wohnt und am Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamten- oder dem Soldatenversorgungsgesetz hat.

Die **Auszahlung soll automatisch durch die Rentenzahlstellen und**

die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen bis zum 15. Dezember 2022 erfolgen.

Der Entwurf sieht außerdem vor, die Obergrenze für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Übergangsbereich von 1.600 Euro auf 2.000 Euro im Monat anzuheben. Die Rentenansprüche reduzieren sich dadurch nicht.

Besonders Geringverdienende profitieren von dieser Neuregelung, da ihnen so **mehr Netto vom Brutto** bleibt. Außerdem wird durch die Erhöhung der Obergrenze der Anreiz erhöht, auch über die Minijob-Grenze von 520 Euro hinaus erwerbstätig zu sein.

20. TREFFEN DER GLOBALEN ATLANTIKER



Chicago, Milwaukee & Madison: Eine aufregende Woche im Rahmen des 20th Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Annual Meeting of Global Atlanticists liegt hinter mir.

Das Global Atlanticists Network wurde von der FES im Jahr 2003 mit dem Ziel gegründet, deutsche und US-amerikanische Abgeordnete, Wissenschaftler*innen und Akteure aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenzubringen. Die transatlantischen Beziehungen sollen gestärkt werden: Demokratische Werte, ein robuster Handel und die NATO als kollektives Bündnisüberkommen stehen hierbei im Fokus.

Als dieses Netzwerk vor 20 Jahren gegründet wurde, standen die trans-

atlantischen Beziehungen vor dem Hintergrund des Deutschen „Nein zum Irakkrieg“ vor dem Tiefpunkt. Wenngleich die transatlantische Partnerschaft heutzutage sehr verlässlich ist, stehen Deutschland und die USA vor gewaltigen lokalen und globalen Herausforderungen.

Die USA sind in einer politisch äußerst unruhigen Lage. Demokratische Grundwerte sind in der amerikanischen Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit mehr, rechte Kräfte machen Zugewinne - diese Entwicklungen sollten nicht als getrennt zu unseren europäischen Politik und Lebensrealität betrachtet werden.

Von den US Midterm Elections, transatlantischen Sicherheitsfaktoren,

Frauenrechten, einer vorausschauenden Stadtplanung und -entwicklung über die Kooperation in der Energieversorgung bis hin zu dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Das Programm war voll mit tiefgreifenden, komplexen Vorträgen und Diskussionen, deren Inhalte sowohl von den amerikanischen als auch deutschen Teilnehmer*innen des Meetings mitgestaltet wurden.

Das Programm wurde organisiert von der

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

PROGRAMM DES 20. TREFFENS DER GLOBALEN ATLANTIKER

SONNTAG: CHICAGO

- Diskussion mit **James T. Sparrow**, von der University of Chicago und **Michelle Nickerson** von der Loyola University Chicago zum Thema: Stand der amerikanischen Demokratie
- Lunch Diskussion mit **Mitch Stewart** von 270 Strategies und Lee Godown, Alpex Consulting zu den U.S. Midterm Wahlen 2022
- Diskussion mit **Phil Bednarczyk**, Kongressmitglied und im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des U.S. Repräsentantenhauses zu Transatlantischen Sicherheits- und Energiekooperation in Krisenzeiten
- Besuch des **Chicago Art Institute**
- Diskussion mit **Wolfgang Schmidt**, Chef des Bundeskanzleramtes und **Ian Russell** von Beacon Media zum Thema: Vom Populismus zum Extremismus - Bedrohung der Demokratie in den Vereinigten Staaten und Europa

MONTAG: CHICAGO

- Diskussion mit Botschafter **Ivo H. Daalder**, **Matthew Duss** aus dem Büro von Bernie Sanders und **Jana Puglierin** aus dem Europäischen Rat für Auswärtige Beziehungen zum Thema: "Was kommt nach der Ukraine?"
- Diskussion mit **David Axelrod**, Politischer Kommentator bei CNN und **Knut Dethlefsen** von der FES in Washington zum Thema: "Neues Messaging, neue Hoffnung? Demokraten in der Wahlkabine im November"
- Diskussion mit **John Austin**, Chicago Rat für globale Beziehungen; **Wolfgang Mössinger**, Generalkonsul; Michael Fassnacht, World Business Chicago; **Brian Hanson**, Chicago Rat für globale Beziehungen zur Transformation industrieller U.S. Regionen

DIENSTAG: CHICAGO & MILWAUKEE

- Diskussion mit **Michael J. Tate**, ehem. Vorsitzender der Demokratischen Partei von Wisconsin und **Izmir Aitch Sr.** Legislative Assistant von Gwen Moore zu den Demokraten in Wisconsin 2022
- Diskussion mit **Gewerkschaftsvertretern (IG Metall) und dem Management** von Harley Davidson
- Besichtigung des Harley-Davidson Museums
- Diskussion mit **Cavalier Johnson**, Bürgermeister der Stadt Milwaukee I zu Milwaukee - Arbeiterbewegung zur progressiven, städtischen Entwicklung

- Diskussion mit Congresswoman **Gwen S. Moore** zu sozialen Ungleichheiten in Zeiten von Unsicherheit und steigenden Lebenshaltungskosten

MITTWOCH: MILWAUKEE & MADISON

- Besuch des **Wasserrates (The Water Council) und Diskussion mit dem Geschäftsführer Dean Amhaus und Kevin Shafer**, Geschäftsführender Direktor Stadtentwässerung Milwaukee zum Öffentlichen Infrastrukturinvestitionen mit Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit: Der Fall des Süßwassers
- Diskussion mit **Denise Gaumer-Hutchinson**, Wisconsin Frauenrat und Liv Assmann, BMFSFJ zum Thema: Frauen in der Politik - Welche Rolle spielen die Reproduktionsrechte im Jahr 2022?
- Diskussion mit **Mandela Barnes**, Kandidat für den stellvertretenden Gouverneur und den Senat von Wisconsin

DONNERSTAG: MADISON

- Besuch der Wisconsin-Madison Universität und Gespräche mit Prof. **Barry Burden**, Professor und **W. Cyrus Garrett**, Strategische Beziehungen sowie mit Prof. **John Karl Scholz**, und **Andrew Seaborg** von The Capital Group zur Leitung einer großen öffentlichen Forschungsuniversität in politisch aufgeladenen Zeiten
- Tour der **Babcock Molkerei**

FREITAG: MADISON & CHICAGO

- Besuch des **Usona Instituts**
- Diskussion mit **William A. „Bill“ Linto** vom Usona Institute und **Andrew Seaborg** von The Capital Group zu Spitzenforschung und Innovation in der Gesundheitsversorgung

MEIN FAZIT

In einer zunehmend multipolaren Welt mit multiplen Krisen brauchen wir eine enge transatlantische Zusammenarbeit, um den wachsenden Herausforderungen zu begegnen.

Das Global Atlanticists Network der FES bietet eine gute Gelegenheit, um eine Brücke zu bilden zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland und in den USA.



JAHRESTAGUNG IWF UND WBG

Im Oktober durfte ich als Teil der Deutschen Delegation an der Jahrestagung des **Internationalen Währungsfonds (IWF)** und der **Weltbankgruppe (WBG)** in Washington, D.C. teilnehmen.

Worum geht's?

Bei den Jahrestagungen der Gouverneursräte des IWF und der WBG kommen Zentralbanker*innen, Finanz- und Entwicklungsminister*innen, Parlamentarier*innen, Führungskräfte des Privatsektors, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler*innen zusammen, um über finanz- und wirtschaftspolitische Fragen von globaler Bedeutung, wie z.B. die Weltwirtschaftsaussichten, die internationale Verschuldung, die Inflationsentwicklung sowie die Bekämpfung der Klimakrise, zu diskutieren.

Status Quo:

1. Angesichts der hohen Inflation haben Zentralbank in vielen Industrieländern die Normalisierung der Geldpolitik eingeleitet. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf steigenden Währungsdruck haben auch Schwellenländer ihre Geldpolitik gestrafft.

2. Die wirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheiten führen zu hö-

here Kosten für Dollar-Finanzierungen, größeren Credit-Spreads und vermehrten Kapitalabflüssen aus vielen Schwellen- und Entwicklungsländern.

3. Die weltweit verschärften finanziellen Bedingungen, das verlangsamte Wirtschaftswachstum und die Abwertung vieler Währungen untergraben den fiskalischen Spielraum vieler Länder. Mehr als 60% der einkommensschwachen Länder sind bereits schuldenbelastet oder akut von einer Schuldenkrise bedroht.

Mein Fazit - Handlungsempfehlungen auf nationaler und internationaler Ebene:

1. Die Fiskalpolitik muss mit der Geldpolitik abgestimmt werden, um die Inflation nachhaltig einzudämmen. Konsumtive Ausgaben sind notwendig, um Haushalte und Unternehmen zu unterstützen, sollten aber temporär und zielgerichtet sein. Gleichzeitig sind investive Ausgaben in Deutschland notwendig, um mittelfristig die Inflation zu bekämpfen und Wirtschaftswachstum zu generieren.

2. Bisher gibt es auf internationaler Ebene kein wirksames Verfahren für die Restrukturierung von Staats-

schulden. Das 2020 beschlossene Common Framework der G20 ist ein erster - aber kein ausreichender - Schritt und bedarf einer Nachbesserung. Ziel muss vor allem auch sein, private Gläubiger systematisch und rechtlich mit einzubeziehen und das Framework auf weitere hochverschuldete Länder, u.a. auch Schwellenländer, auszuweiten. Als zweitgrößter Geber ist Deutschland hier in der Verantwortung, die Nachbesserungen des Common Frameworks aktiv voranzutreiben.

3. Angesichts der zunehmenden globalen Herausforderungen und des damit verbundenen Investitionsbedarfs brauchen wir multilaterale Organisationen, die strategisch und operativ auf der Höhe der Zeit sind. Das gilt auch für die Weltbank. Daher begrüße ich den Vorschlag der BMin Schulze, das bisherige nachfragebasierte Modell der Weltbank zu reformieren. Es braucht wirksame Anreize, damit Länder Weltbank-Kredite und Know-how auch für globale Herausforderungen wie Klima- oder Biodiversitätsschutz nutzen.





DAS PROGRAMM IN WASHINGTON

MITTWOCH

- Gespräch mit **Michael Krake**, Executive Director for Germany, World Bank Group
- Gespräch mit **Alfonso Garcia Mora**, Regional Vice President beim IFC zum Thema: r Reaktion des IFC auf den Krieg in der Ukraine und der Bekämpfung der Covid-19 Pandemie
- Gespräch mit **Brian Doyle**, Deputy Director bei der Fed zum Thema: “Global Financial Stability in light of high-inflation environment”
- Gespräch mit Vertreter*innen des IMF (**Marina Moretti** und **Fabio Natalucci**, beide Deputy Director) zum Thema: “Crisis Preparedness and Financial Regulation”

DONNERSTAG

- Frühstücksbriefing mit der **Delegation der German Industry and Commerce (DGIC)**
- Besuch des **U.S. Department of Treasury** und Gespräch mit **Itai Grinberg**, Deputy Assistant Secretary for Multilateral Tax Office of Tax Policy zum Thema: “Globale Mindestbesteuerung”
- Arbeitsessen mit **Stiftungsvertretern**
- Fahrt zum **Peterson Institute for International Economics** und Gespräch mit **Dr. Adam Posen**, Präsident zum Thema: “Economic Outlook and Transatlantic Relations”

FREITAG

- Teilnahme an der **Jahresversammlung von IWF und Weltbank**
- Briefing durch **BM Christian Lindner, BMF**
- Mittagessen auf Einladung des **Bundesverbandes deutscher Banken e.V.**
- Führung durch das Gebäude des **U.S. Supreme Courts**
- Gespräche beim IWF mit Joerg Stephan, Executive Director und Hyun-Ju Koh, Alternate Executive Director
- Dinner Cruise auf der Cherry Blossom auf Einladung der Commerzbank

SAMSTAG

- Informationsgespräch mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV)
- Gespräch mit Vertretern der **KfW-Bankengruppe**
- Lunchdiskussion mit dem deutschen Vizepräsidenten und dem Chief Economist der Weltbank, **Indermit Gill** und **Valerie Hickey** zu den Themen: Ernährung und Energie, Klimawandel, Inflation, und dem Changing Wealth of Nations-Report





FRANKFURT ZU BESUCH

Zweimal pro Jahr können Bundestagsabgeordnete eine Gruppe von Besucher*innen aus ihrem Wahlkreis für eine **dreitägige Informationsfahrt nach Berlin** einladen. Im Mittelpunkt steht dabei immer ein Besuch im Bundestag mit Besichtigung und vor allem einem Gespräch mit den Abgeordneten. Organisiert werden diese Reisen vom **Bundespresseamt (BPA)**.

Im Oktober hat mich nun zum zweiten Mal eine solche Gruppe aus Frankfurt in Berlin besucht. Es war eine **sehr gemischte Gruppe aus unterschiedlichen Stadtteilen Frankfurts**. Das jüngste Mitglied

war 16 und das älteste 84 Jahre alt.

Die Diskussionsrunde mit ihnen hat mir viel Spaß gemacht. Wir haben über sehr unterschiedliche Themen diskutiert, aber am meisten natürlich über **aktuelle Fragen wie Inflation und Energiepreise**. Danach konnte die Gruppe bei der laufenden **Plenarsitzung des Deutschen Bundestages** zuschauen - was die meisten sehr spannend fanden, und anschließend besichtigten sie auch noch die Kuppel des Reichstages.

An den weiteren Tagen besuchte die Gruppe unter anderem das **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**, das **Haus der Wannsee-**

Konferenz und ein **Museum zum Alltag in der DDR** und sie machten auch eine Stadtrundfahrt in Berlin. Nach den Rückmeldungen, die ich im Nachhinein erhielt, hat den **allermeisten diese Reise gut gefallen** und mir hat es auch Spaß gemacht, Besuch aus Frankfurt zu bekommen.

Auch nächstes Jahr wird es wieder für zwei Besucher*innengruppen die Möglichkeit eines Berlinbesuchs geben. Die Termine dafür stehen allerdings noch nicht fest. Wer Interesse hat, kann sich an [mein Wahlkreisbüro wenden](#). Dort führen wir eine Liste von Interessierten. Allerdings gibt es meist mehr Interessenten als zur Verfügung stehende Plätze.



Armand Zorn on tour

**Bürger:innen
Dialog vor Ort
Herbst 2022**



TERMINE HERBSTTOUR

Der Bürger*innen Dialog geht mit meiner Herbsttour in die dritte Runde! Für mich immer eine ganz besondere Zeit, weil ich es als sehr wichtig empfinde, durch den Wahlkreis zu touren und die Bürgerinnen und Bürger direkt vor Ort kennenzulernen und mich mit ihnen austauschen zu können.

Deswegen wird es Ende Oktober und Anfang November wieder Informationsstände an verschiedenen Orten verteilt in meinen Wahlkreis in Frankfurt und damit die Möglichkeit zum unmittelbaren Austausch geben.

Wo genau ich anzutreffen sein werde, erfährt man hier oder auf [meiner Website](#).

31.10.2022	17:00-18:30	Eschersheim	Am Weißen Stein
01.11.2022	12:30-13:30	Dornbusch	Eschersheimer Landstr. 248
01.11.2022	17:00-18:30	Unterbiederb.	Königsteiner Straße 95
02.11.2022	17:00-18:30	Griesheim	Waldschulstraße 1
03.11.2022	17:00-18:30	Bockenheim	Bockenheimer Warte
04.11.2022	18:00-20:00	Nordweststadt	Herbstfest
05.11.2022	11:00-12:30	Höchst	Melchiorstraße 32
05.11.2022	13:00-15:00	Sossenheim	Westerbachstraße 289
05.11.2022	16:00-17:30	Heddernheim	Nassauer Straße 27



“ Liebe Grüße aus
Berlin und bis zum
nächsten Monat!



IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 75492

Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>
Bildnachweise: falls nicht extra er-
wähnt: privat, unsplash, Moritz Erdt

Erscheinungsjahr: 2022

Armand Zorn im Web

